

Der Untergang der sozialdemokratischen Presse

Von Stefan Appelius

Der Untergang der sozialdemokratischen Presse war alles andere als ein Ruhmesblatt in der mehr als 130-jährigen Geschichte der SPD. Obwohl das Präsidium der SPD den Zugang zu ihren Unternehmensakten seit dem Frühjahr 1997 gesperrt hat, gelang es dem Autor im Rahmen eines Forschungsprojektes über den SPD-Politiker Fritz Heine, zahlreiche bisher unbekannte Akten auszuwerten. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse erlauben, den Untergang der SPD-Presse neu zu bewerten. Das Buch ist unter dem Titel "Heine – Die SPD und der lange Weg zur Macht" 1999 im Essener Klartext-Verlag erschienen.



1966 feierte der inzwischen eingestellte "Vorwärts" seinen 90. Geburtstag. Von links nach rechts: Fritz Heine, SPD-Schatzmeister Alfred Nau (1906-1983) und Walter Petersen (1916-1979), der Geschäftsführer des "Neuen Vorwärts-Verlag". Foto: J.H. Darchingner.

The Decline of the Social Democratic Press

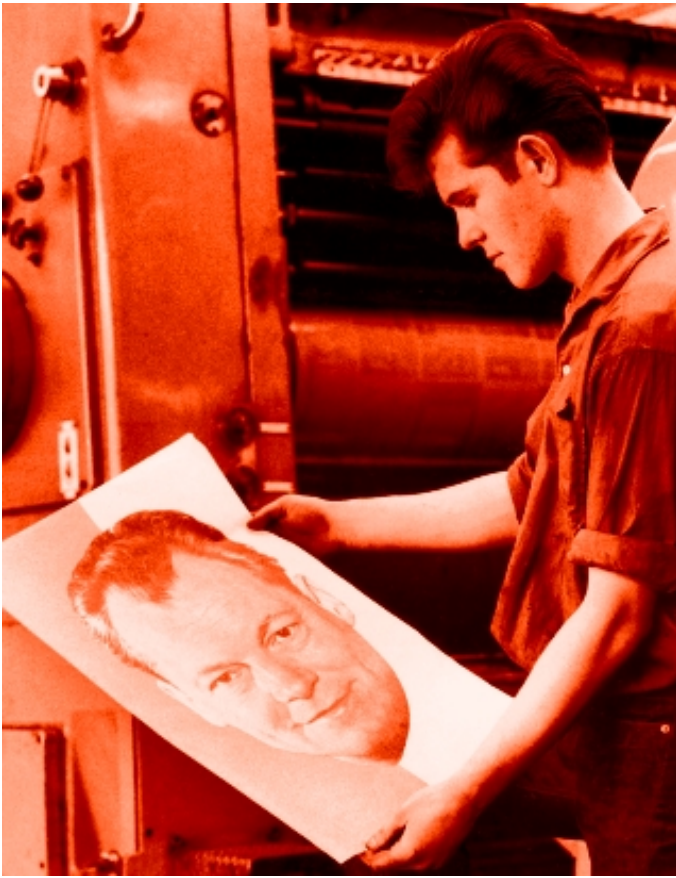
The decline of the Social Democratic Press was certainly not a particularly glorious chapter in the more than 130-year history of the SPD. Although the presidium of the SPD has blocked access to documents concerning its activities since Spring, 1997, the author has succeeded, within the framework of his research project on Fritz Heine, a leading SPD politician, in assessing numerous hitherto unknown documents. The insights resulting from this research permit us to ascertain the reasons for this decline of the SPD Press. The book was published in 1999 by the Essener Klartext-Verlag under the title "Heine – the SPD and the long haul to Power".

Bis Ende der 1960er Jahre befanden sich zahlreiche große und mittlere Tageszeitungen im Besitz der SPD. Doch dann musste ein Betrieb nach dem anderen eingestellt werden. Ein Kapitel längst vergangener Geschichte? Davon kann keine Rede sein: Am 22. November 1999 statteten Gewerkschafter der IG Medien und der Deutschen Postgewerkschaft dem "Willy-Brandt-Haus" einen Besuch ab, um gegen ein "Outsourcing" bei der "Sächsischen Zeitung" zu demonstrieren. Die Sozialdemokratische Partei ist seit der Wende mit 40 Prozent Minderheitengesellschafter der in Dresden erscheinenden Tageszeitung, in der mehrere hundert Arbeitsplätze "ausgliedert" und damit aus der geltenden Tarifbindung fallen sollen. Doch die SPD-Schatzmeisterin war für die Gewerkschafter nicht zu sprechen. Ihr Büroleiter erklärte: "Die SPD ist nicht der verlängerte Arm der Gewerkschaft. Wir müssen unternehmerisch denken." - Diese Erkenntnis hat sich in der SPD allerdings erst Ende der 1970er Jahre durchgesetzt. Hätten die Sozialdemokraten schon früher "unternehmerisch" gedacht, wäre der Untergang ihrer Eigenbetriebe

möglicherweise zu vermeiden gewesen.

Fritz Heine – "Der Herr der Zeitungen"

Fritz Heine war in den 1950er Jahren einer der einflussreichsten SPD-Politiker in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn. Er gehörte dem Führungsgremium der SPD bereits seit der Emigrationszeit an. Während des NS-Regimes hatte sich Heine als Widerstandskämpfer und Retter zahlreicher jüdischer Flüchtlinge einen Namen gemacht. 1946, nach seiner Rückkehr aus London, übernahm er im geschäftsführenden SPD-Parteivorstand die Leitung des Presse- und Propagandaressorts. In dieser Zeit entstanden vor allem in der britischen Besatzungszone zahlreiche sozialdemokratische Tageszeitungen, darunter die "Rheinische Zeitung" in Köln, das "Hamburger Echo" und der Berliner "Telegraf". Heute sind die Namen dieser Zeitungen schon längst in Vergessenheit geraten. Seit den 1970er Jahren vertreten Zeitungswissenschaftler die Ansicht, die Sozialdemokraten hätten damals ein "Imperium" ver-



Die sozialdemokratische Propaganda wurde nach dem Stuttgarter Parteitag zunehmend personalisiert.

spielt. Doch hat es ein solches "Imperium" überhaupt gegeben? Der Verfasser hat sich in seiner Untersuchung am Beispiel von Fritz Heine mit der Frage beschäftigt, ob damals "unfähige Parteifunktionäre" angeblich wirtschaftlich gesunde Unternehmen in den Ruin getrieben haben und ob die Presseverantwortung in der SPD 1945 von Männern übernommen wurde, "die weder vom Zeitungsmachen noch von sachgerechtem Management die leiseste Ahnung hatten". - Die Untersuchung zeigt auf, dass die strukturellen Ursachen für den Untergang der sozialdemokratischen Zeitungen erheblich vielfältiger waren, als man bisher angenommen hat, und auch in den regionalen Parteigremien zu suchen sind. Fritz Heine, der nach seiner Abwahl aus dem SPD-Parteivorstand ab 1958 als Direktor der "Konzentration GmbH", einer Interessengemeinschaft der sozialdemokratischen "Eigenbetriebe" fungierte, versuchte in den 1960er Jahren Veränderungen und Modernisierungen der parteinahen Zeitungen anzuregen, vermochte sich jedoch an der Parteibasis nicht durchzusetzen.

Der Untergang der SPD-nahen Zeitungen war selbstverschuldet

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs scheuten viele Bürger den Bezug einer Par-

teizeitung, weil sie sich nicht als Anhänger der betreffenden Partei decouvrieren wollten. Der als Leserschaft für die parteinahen Zeitungen zu betrachtende Kreis war also von vornherein nicht sehr groß. Lediglich langjährige Parteimitglieder bevorzugten Parteizeitungen alten Zuschnitts, während die Mehrzahl der Leserinnen und Leser an unabhängigen Zeitungen interessiert war. Bereits 1946 ergab eine Meinungsumfrage der Amerikaner, dass sich 77 Prozent der Deutschen eine freie Presse - "frei besonders von dem Einfluss politischer Parteien" wünschten. Ende 1949 war dieser Anteil bereits auf 82 Prozent angestiegen. Während viele ältere Sozialdemokraten die "Substanzlosigkeit" der "erneuerten" Zeitungen beklagten, wollte die Mehrzahl der Leserinnen und Leser nicht belehrt werden. Sie wurden durch häufig herausfordernde Überschriften abgestoßen und lehnten die SPD-nahen Zeitungen ab, weil sie zu wenig über Sport, Lokales und kirchliche Nachrichten berichteten. Diese Zeitungen verstießen gegen tradierte Lesegewohnheiten und halfen damit den "bürgerlichen", traditionsbestimmten Zeitungen, sich am Markt durchzusetzen.

Die negative Stigmatisierung der Gesinnungspresse wirkte sich auch auf die Wettbewerbsfähigkeit aus: Weil die SPD-nahen

Zeitungen ihr geografisches Monopol verloren, unterlag die Gesinnungspresse im Wettbewerb um die Kleinanzeigen: Durch den Verlust des geografischen Monopols hatten die SPD-nahen Zeitungen Einbußen bei den ausgesprochen ortsgebundenen Inseraten zu verzeichnen. Sie wurden nämlich ganz überwiegend in der Zeitung aufgegeben, die im jeweiligen Bezirk am stärksten verbreitet war. Auch bei den Inseraten der Warenhäuser und Markenartikel-Hersteller unterlag die Gesinnungspresse ihrer "bürgerlichen" Konkurrenz: "Eine Anzahl unserer wilden Weltverbesserer hat es vorzüglich verstanden, die verschiedenen Geschäftsleute gegen uns und gegen unsere Zeitungen aufzubringen. Eine Zeitung, die im Kleinanzeigenmarkt ihre führende Stellung verliert, ist zum Sterben verurteilt", bekennt Fritz Heine rückblickend. Teilweise gab es dafür auch politische Gründe: "Die Märkte haben die sozialdemokratischen Zeitungen blockiert", meint der ehemalige SPD-Vorsitzende Björn Engholm. Hinzu kommt, dass die sozialdemokratischen Zeitungen nur einen kleinen, weniger kaufkräftigen Teil der Bevölkerung erreichten. Aus diesem Grund waren sie als Werbeträger nur bedingt wettbewerbsfähig.

Doch die Untersuchung des Verfassers hat noch eine Reihe weiterer Ergebnisse erbracht: Die in den Eigenbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer erbrachten "vielfach geringere Leistungen" als Angestellte in der Privatwirtschaft. Sie zeigten "nicht im gleichen Maße Leistung und Arbeitsbereitschaft" wie die Arbeitnehmer in Konkurrenzbetrieben. Trotzdem stellten sie "höhere Erwartungen und Ansprüche" an soziale Leistungen ihres Arbeitgebers. Dieses Problem hatten sich die Sozialdemokraten durch ihre "closed shop"-Politik zumindest teilweise selbst eingehandelt. Und noch ein weiterer Punkt kommt hinzu: Die Eigenbetriebe mussten den Gewerkschaften vielfach höhere Löhne und zusätzliche sozialpolitische Leistungen gewähren, wodurch sich ihre Konkurrenzfähigkeit verschlechterte. Denn die Eigenbetriebe waren - natürlich - keine sozialistischen Betriebe, sondern mussten auf Gewinn hinarbeiten. Doch die Gewerkschaften stellten Lohnforderungen, die bei der "bürgerlichen" Konkurrenz nicht durchsetzbar gewesen wären. "Es war im Prinzip so, dass der jeweilige Gewerkschaftsobmann in diesem Betrieb nach jedem sozialdemokratischen Parteitag mit den erstklassigen Beschlüssen dieser Sozialdemokratischen Partei kam und sagte: 'Wir zeigen jetzt mal, wie ein vorbildlicher Betrieb aussieht. Ihr habt's ja gerade beschlossen.' Das heißt, es wurde auch in schlechten Zeiten eher ein bisschen mehr getan, als vielleicht von der ökonomischen Seite her vertretbar gewesen wäre", erinnert sich Björn



Fritz Heine

1904	6. Dezember: in Hannover geboren
1918	16. Oktober: Tod der Mutter Luise Heine (geb. 1880)
1922	6. Dezember: Heine wird Mitglied der SPD
1925	1. Juni: Beginn des Volontariats beim SPD-Parteivorstand in Berlin
1929	Technischer Leiter der Werbeabteilung
1932	26. September: Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe wegen Beleidigung des NSDAP-Politikers Wilhelm Frick
1933	Mai: Emigration in die CSR
1933-36	Koordinator der sozialdemokratischen Widerstandsaktivitäten im Reich
1938	22. April: Umzug nach Paris
1939	23. Januar: Ausbürgerung durch das NS-Regime; Kooptierung in den SPD-Parteivorstand
1940	Juni: Flucht nach Marseille, dort bis März als Fluchthelfer tätig
1941	Juni: Heine gelangt nach dreimonatigen Aufenthalt in Lissabon per Schiff über Liverpool nach London
1942-45	Mitarbeit beim Political Intelligence Department (PID)
1946	8. Februar: Rückkehr nach Deutschland; Mai: Wahl in den geschäftsführenden SPD-Parteivorstand
1954	27. Januar: Tod des Vaters Friedrich Christian Heine (geb. 1877)
1958	Mai: Abwahl aus dem SPD-Parteivorstand; Juni: Ernennung zum Direktor der "Konzentration GmbH"
1961	22. April: Heine heiratet seine langjährige Lebensgefährtin Marianne Schreiber (geb. 1915)
1969	Veröffentlichung des Buches "Dr. Kurt Schumacher - Ein demokratischer Sozialist europäischer Prägung"
1974	Ausscheiden aus der Geschäftsführung der "Konzentration GmbH"
1981	Ausscheiden als Treuhänder des SPD-Vermögens
1987	10. November: Heine erhält die Auszeichnung "Gerechter der Völker". Es ist die höchste Auszeichnung, die Israel an Nichtjuden vergeben kann
1990	16. Mai: Heine wird mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet
1997	18. Dezember: Tod der Ehefrau Marianne Heine

Engholm. "Das war ein Karussell, das sich nach unten bewegt hat."

Zeitungswissenschaftliche Erklärungsansätze greifen nicht

Hinter dem Wandel der SPD-nahen Zeitung zum Quasi-Publikumsblatt steckt keine schlüssige Konzeption, wie Gerhard Gleissberg, der ehemalige Chefredakteur des "Neuen Vorwärts", schon 1955 festgestellt hat. Der "bürgerliche" Anstrich der unverändert auf Parteilinie liegenden Zeitungen führte dazu, dass das bis dahin homogene Profil dieser Blätter verloren ging: Am Ende war die Gesinnungspresse weder der eigenen Mitgliedschaft noch der Öffentlichkeit zu vermitteln. Doch Fritz Heine hielt trotzdem an Volkstümlichkeit und "Tendenz" fest: "Er kam gar nicht auf die Idee, eine neue Art Zeitung zu machen", kritisiert der ehemalige Chefredakteur Wolfgang Fechner. Auch die Parteireform änderte daran nichts. Während die Sozialdemokraten "ideologischen Ballast" über Bord warfen, blieben die SPD-nahen Zeitungen auch nach der Verabschiedung des Godesberger Programms unter der Kontrolle des "Apparats". Die verantwortlichen Funktionäre dachten nicht daran, mit den Zeitungen Geld zu verdienen und konzentrierten sich darauf, den sozialdemokratischen Einfluss auf die Bevölkerung zu stabilisieren.

Zeitungswissenschaftliche Erklärungsansätze, die den Zusammenbruch der Gesinnungspresse auf die sozialdemokratische Medienpolitik zurückführen, sind nach Ansicht des Verfassers unzureichend, weil sie den Untergang der partikular strukturierten Gesinnungspresse nicht hinreichend erklären können. Diese Entwicklung wurde durch die Pressekonzentration und die Auswirkungen der Rezession lediglich beschleunigt. Zwar befand sich die Einstellung kleinerer SPD-naher Zeitungen durchaus im Einklang mit der Gesamtentwicklung des deutschen Pressewesens, doch der völlige Zusammenbruch hat in erster Linie parteiinterne Ursachen. Auch wenn Einzelfälle - wie Management-Fehler bei "Auerdruck" und die dadurch ausgelöste Krise bei der "Hamburger Morgenpost" - das Gegenteil zu beweisen scheinen: Nicht die Geschäftsführungen der Eigenbetriebe (und erst recht nicht deren Redaktionen) waren für den Untergang der Gesinnungspresse verantwortlich: Die zur Rettung der Unternehmen notwendigen Entscheidungen hätten im Präsidium der SPD getroffen werden müssen. Doch das Präsidium nahm seine Aufsichtspflicht gegenüber den Eigenbetrieben nicht wahr. Dass die Zeitungen wirtschaftliche Probleme hatten und die Unternehmensgewinne fast ausschließlich aus den Druckereien kamen, interessierte die Präsidiumsmitglieder der SPD nicht,

solange das Geld floss. Herbert Wehner - das für die Presse zuständige Präsidiumsmitglied - hat die politische Verantwortung für diesen schwerwiegenden Fehler nicht übernommen. Stattdessen bescheinigte Wehner den Geschäftsführern der Eigenbetriebe mangelnde unternehmerische Fähigkeiten. Es schien eine einfache Antwort zu sein, die fortan häufig wiederholt wurde. Zeitungsforscher haben daraus die Legende entwickelt, es habe in der SPD-Parteizentrale an "qualifizierten Leute(n)" gefehlt. Zweifellos hat die "Konzentration GmbH" zahlreiche unternehmerische Fehler begangen. Hier ist vor allem die Fortsetzung von Papierlieferungen an nicht mehr zahlungsfähige SPD-nahe Zeitungen zu nennen. Viel kritisiert wurde auch der "Betriebsvergleich": Anstatt eine Gesamtanalyse des Unternehmensbereichs der SPD vorzulegen, beschränkte sich die sozialdemokratische "Konzentration GmbH" auf einen internen Vergleich der mehr oder minder maroden Eigenbetriebe. Allerdings muss eingeschränkt werden, dass die Geschäftsführer dieser Unternehmen an einer Unterstützung durch die Mitarbeiter der "Konzentration GmbH" gar nicht interessiert waren: "Wir konnten feststellen, was wir wollten. Wenn es nicht wunschgemäß ausfiel, wurde es gar nicht erst zur Kenntnis genommen", berichtet der ehemalige Geschäftsführer der "Konzentration", Günter Falk.

Nicht die Redaktionen, sondern die Parteiführung versagte

In diesem Zusammenhang muss die Frage gestellt werden, warum es mehr als 13 Jahre dauerte, bis der Parteireform der SPD eine Neustrukturierung des Unternehmensbereichs folgte. Die politische Verantwortung für diese Unterlassung liegt gleichermaßen bei Alfred Nau, Willy Brandt und Herbert Wehner. - Darüber aber möchte man in der SPD am liebsten den Mantel des Vergessens ausbreiten: Seit den 70er Jahren, "als man mit der Parteikasse für wachsende Verluste einzutreten hatte" empfinden die Sozialdemokraten ihre frühere Unternehmertätigkeit als eine unbequeme Last der Vergangenheit, der man sich gern "möglichst anständig und unauffällig" entledigt hätte.

Geschäftliches Versagen war nur eine nachgeordnete Ursache für den Niedergang der parteieigenen Zeitungen. Die SPD hat den Untergang ihrer Zeitungen im Wesentlichen selbst herbeigeführt. Die Zeit für Parteizeitungen war nach dem Untergang des NS-Regimes abgelaufen. Die Deutschen waren 1945 nicht länger daran interessiert, eine politische Meinung - gleich welcher Couleur - vorgesetzt zu bekommen. Trotzdem vernachlässigten die Sozialdemokraten ganz bewusst den aus ihrer Sicht "bedauerlichen Publi-



Die Zahl der Leserinnen und Leser der SPD-nahen Presse nahm in den 1960er Jahren stark ab. Die noch verbliebenen Leser waren überwiegend ältere Menschen.

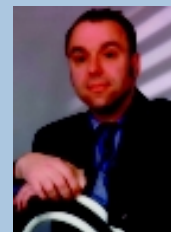
kumgeschmack". Sie hielten am erzieherischen Journalismus fest, weil sie die Deutschen vom Nationalismus und Militarismus zur Demokratie umerziehen wollten. Mit dieser unpopulären Haltung wurde der Zugang zu neuen Leserschichten verspielt. Es entstanden Zeitungen, die von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt und trotzdem - fast wie bezahlte Flugblätter - in ganz Deutschland verbreitet wurden. Die Sozialdemokraten ignorierten ganz bewusst die Gesetze der Marktwirtschaft. Ihre Presse führte einen "schweren Kampf" gegen die kapitalistische Wirtschaft, der von vornherein zum Scheitern verurteilt war. In der Partei herrschte die Vorstellung, dass man nicht in erster Linie für den Gewinn, sondern für die Verbreitung des sozialdemokratischen Gedankenguts arbeite. Die Eigenbetriebe hätten vermutlich nur durch einen frühzeitigen Verzicht auf politische und wirtschaftliche Einflussnahme gerettet werden können. Doch die Erkenntnis "Nur was sich ändert, bleibt bestehen" hat sich in der SPD

erst zu spät durchgesetzt. Schon 1914 hatte Kurt Eisner erkannt, dass man eine Zeitung nicht allein auf die "Erfüllung einer Parteipflicht" gründen kann. Doch nach dem Zweiten Weltkrieg ist diese Erkenntnis in der SPD wieder in Vergessenheit geraten. Hätten die Sozialdemokraten auf die politische Einflussnahme in ihren Zeitungen verzichtet und die Willensentscheidung in den Eigenbetrieben marktwirtschaftlich konzipiert, wäre es zu der hier aufgezeigten Entwicklung wahr scheinlich nicht gekommen. Eine andere Frage ist es, ob ein von Parteidirektiven unabhängiger sozialdemokratischer Zeitungstyp in der Bundesrepublik überhaupt hätte entstehen können. Die SPD hat in der Nachkriegszeit alle diesbezüglichen von außen an sie herangetragenen Vorschläge abgelehnt. Innerhalb der Partei wurde eine derartige Orientierung zu keiner Zeit erwogen, sie wäre politisch keinesfalls durchsetzbar gewesen.

Eine Frage bleibt: Wie geht die SPD mit den ihr verbliebenen Zeitungsbeteiligungen um?

Die moderne Staatspartei sieht sich heute vor allem in der Rolle des Unternehmers. Hat man sich früher die Verbesserung der Welt auf die Fahnen geschrieben, so beschränkt sich Inge Wettig-Danielmeyer heute auf die Maximierung von Gewinnen. Und Fritz Heine? Er war für den Untergang der sozialdemokratischen Zeitungen nicht verantwortlich, obwohl seine Vorstellungen über die "moderne, sozialdemokratische Volkszeitung" aus der Weimarer Republik stammen und nach Kriegsende nicht mehr zeitgemäß waren. Es ging ihm beim Erwerb von Druckereien und Zeitungen vor allem um die Möglichkeit, mit ihrer Hilfe sozialdemokratische Vorstellungen in der Öffentlichkeit darzustellen. Dabei sind die wirtschaftlichen Belange der sozialdemokratischen Unternehmen auf der Strecke geblieben, denn sein hauptsächliches Ziel bestand in der Stärkung der SPD: Unter Heines Regie flossen Millionenbeträge aus den Eigenbetrieben in die Parteikasse. Die SPD wurde durch seine Bemühungen zur "finanziell gesündesten" Partei in der Bundesrepublik und verfügte Ende der 1960er Jahre über ein Gesamtvermögen von rund 500 Millionen DM. Diese Gelder trugen dazu bei, dass die SPD 1969 ihren historischen Wahlsieg erringen konnte. - "Mir kommt die Zeit von damals so fern vor, als sei das in einem anderen Jahrhundert gewesen. Die SPD hat sich verändert. Sehr sogar. Nicht nur zu ihren Gunsten. Manches ist verloren gegangen", sagt Fritz Heine rückblickend und fügt selbstkritisch hinzu: "Wir Älteren sind natürlich stets geneigt, die vergangene Zeit zu glorifizieren."

Der Autor



Priv.-Doz. Dr. Stefan Appelius (36), Politikwissenschaftler im Fachbereich Sozialwissenschaften, Mitglied im Institut für Politikwissenschaft II. 1985-1989 Politikwissenschaft- und Germanistik-Studium an der Universität Oldenburg (Magister). 1987 Begabtenpreis des Niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kunst. 1992 Promotion an der Universität Oldenburg. 1986-1989 und 1990-1992 Stipendiat der "Friedrich-Ebert-Stiftung". Seit 1992 Lehrbeauftragter in Oldenburg. 1993 Autor eines Fernsehfilms über Fritz Heine, 1993-1999 Arbeit an der Biografie von Fritz Heine. Januar 2000 Habilitation für den Bereich Parteien und politisch-soziale Bewegungen. Forschungsschwerpunkt: Emigration und Widerstand.